Pressemitteilung

„Verzweiflungsregulierung setzt einen weiteren Fehlanreiz“

Das Gleichgewicht des dualen Systems gibt es nicht mehr“, kritisierte Dr. Tobias Schmid, Bereichsleiter Medienpolitik der Mediengruppe RTL Deutschland. Auch durch Regulierung werde dieses System nicht wieder ins Gleichgewicht gebracht. „Verzweiflungsregulierung setzt einen weiteren Fehlanreiz.“ Freiwillige oder halbfreiwillige Selbstregulierung bringe nach Meinung von Schmid nichts.

Welche Anreize könnten also gesetzt werden, fragte Schmid? „Die Anreize müssen auf das gesellschaftspolitische Ziel eines Senders ausgerichtet sein.“ Die Ressource Frequenzen ist langfristig kein Problem mehr. Auffindbarkeit dagegen sehr wohl, meinte der Jurist Schmid. Sie ist für einen Sender wie RTL nicht so wichtig wie für ein Spartenprogramm. Dies müsse regulatorisch unterstützt werden. „Der technologischen Konvergenz ist eine Konvergenz der Regulierung bisher nicht gefolgt“, bedauerte Schmid.

Bei der anschließenden Diskussionsrunde wurde die Frage nach Qualität und Quantität von Nachrichten in den Mittelpunkt gestellt. „Nachrichten sind wichtig und ihre Rezeption muss trainiert werden“, betonte Hans Hege, Direktor der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) und konstatierte, dass bei RTL glücklicherweise nicht am Nachrichtenanteil des Programms gespart werde.

„Informationsformate wird es bei uns weiter geben“, versprach Annette Kümmel, Direktorin Medienpolitik der ProSiebenSat.1. Media. Nachrichten seien allerdings keine Programmkategorie, die im Rundfunkstaatsvertrag definiert werde, schränkte Kümmel ein. Information könne auch unterhaltend aufbereitet sein. Hätte der Gesetzgeber hier eine stärkere Regulierung gewollt, hätte er das so in den Rundfunkstaatsvertrag geschrieben“, konstatierte Kümmel.

Dr. Matthias Knothe, Leiter Medienpolitik der Staatskanzlei Schleswig-Holstein, erklärte, wenn die Länder eine spezielle Norm zur schärferen Definition von Nachrichten gewollt hätten, hätten sie dies in den novellierten Rundfunkstaatsvertrag geschrieben. „Das wollten die Länder aber nicht.“ Knothe hielte dies für einen massiven Angriff in die Programmautonomie der Sender. „Die Länder sehen zurzeit keinen regulatorischen Bedarf.“ Hans Hege, mabb-Direktor ergänzte: „Wir wollen zunächst mit den Veranstaltern sprechen“ und distanzierte sich, genau wie Knothe, von einer Novellierung des Rundfunkstaatsvertrags.

„Wir müssen uns der Diskussion über Programmverantwortung stellen“, gestand Schmid zu und wiederholte für RTL das, was auch Thomas Ebeling, der Vorstandsvorsitzende der ProSiebenSat.1 Media, beim DLM- Symposium erklärt hatte: Die Nachrichtenangebote sind nicht maßgeblich reduziert worden. „Bei Vox ist die absolute Zuschauerzahl gestiegen, seitdem die Nachrichten statt um 18 Uhr um Mitternacht laufen“, erläuterte Schmid.

Dr. Christoph Wagner konstatierte, dass der Gesetzgeber nicht alles regeln könne. „Regulierung von Qualität durch Sanktionen ist kein guter Ansatz“, erklärte der Medienrechtler Wagner von der Kanzlei Hogan & Hartson Raue. Tobias Schmid bezeichnete das Positionspapier der Landesmedienanstalten als Kapitulation, weil es sich nur mit den Nachrichten der großen Sender beschäftige. „Das ist ein bemerkenswertes politisches Signal.“

Hege erinnerte daran, dass die Privatsender von den Frequenzen, die ihnen zugesprochen worden seien, profitiert hätten. Auch dadurch seien sie groß geworden. „Wir wollen nicht in die Inhalte der Nachrichtensendungen eingreifen“, erläuterte Hege das Ziel des DLM-Positionspapiers.

Anreiz könnte Werbederegulierung sein. Auch über Drittsendezeiten müsse diskutiert werden, forderte Annette Kümmel. Vieles habe in der analogen Welt funktioniert, erinnerte Tobias Schmid. Diese isolierte Rundfunkwelt gebe es nicht mehr. Andere Marktteilnehmer sind dazugekommen. „Jetzt müssen wir über diese neue Situation diskutieren“, erklärte Schmid. So eine Gesprächsrunde soll nach Wunsch von Annette Kümmel um Vertreter der Bundesländer erweitert werden.

„Ich bin froh, dass wir über Anreize sprechen“, ergänzte Annette Kümmel. Ich will davon weg, was alles kommt, wenn wir uns nicht selbst verpflichten. Wir wollen darüber reden, wie wir unsere Nachrichten refinanzieren können.

Weitere Informationen unter www.dlm-symposium.de

(ca. 4.200 Zeichen)

10. März 2010